

Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf Ausstellung "Widerstand und Verfolgung in Düsseldorf"

von Angela Genger und Bernd Rusinek

Die Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf, gewidmet den Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, wurde am 17. September 1987 eröffnet. Sie wurde gemäß dem Beschluß aller im Düsseldorfer Stadtrat vertretenen Parteien eingerichtet, der damit eine Initiative des Jugendrings Düsseldorf aufnahm. An ihrem Zustandekommen in der jetzigen Form waren engagierte Vertreter und Vertreterinnen von Parteien, unterschiedlichen Organisationen und Institutionen, insbesondere der Verfolgten, der jüdischen Gemeinde und der Sinti und Roma beteiligt. Sie sind und waren beratend tätig und bieten die Gewähr für einen ihrem Selbstverständnis entsprechenden pluralen Ansatz. Die Räumlichkeiten der Mahn- und Gedenkstätte sind von historischer Authentizität. Hier befanden sich 1933 Büros, Vernehmungsräume und Haftzellen der Polizei. Ein Zeitzeuge, der hier inhaftiert war, hatte als Primaner unzählige Klebezettel angebracht und Flugblätter verteilt, in deren Text es hieß: "Hitler - das ist der Krieg" Und tatsächlich wurden die Räume im Kellergeschoß Ende der Dreißiger Jahre zu Luftschutzeinrichtungen umgebaut, von denen Teile heute noch bestehen.

Die Ausstellung "Verfolgung und Widerstand in Düsseldorf 1933-1945"

Information und Analyse sind wichtige Quellen des Erinnerns heute. Dokumente, Fotos, Kopien und Originale geben Aufschluß über das Schicksal von Gruppen und einzelnen, die in Düsseldorf verfolgt wurden. Einzelinterviews mit Verfolgten unterschiedlicher Herkunft, auf Video festgehalten, dokumentieren die subjektive, persönliche Sicht von Düsseldorfern. Ein Zusammenschnitt aus den Zeitzeugenberichten dient als Einführungsfilm in die Ausstellung. Die Video-Interviews vertiefen das in der Mahn- und Gedenkstätte gezeigte. Interessierte Besucher können sich diese Filme vorführen lassen. Die Abfolge der Darstellung folgt einer entscheidenden Differenz: Wenngleich im engsten Rahmen des terroristischen Systems, hatten die aus religiösen und politischen Gründen Verfolgten eine Wahl, zu widerstehen oder sich anzupassen. Den

rassisch Verfolgten aber wurde kein Anpassungsangebot gemacht. Diese Differenz zeichnet die Ausstellung nach: Sie beginnt bei den christlichen Kirchen und Gruppen, wendet sich den Verfolgten der Arbeiterbewegung zu und widmet schließlich den Rasseverfolgten zwei Räume und weitere Tafeln.

Einige Daten

Im Jahre 1933 zählte Düsseldorf 498.600 Einwohner, 61,23% der Bevölkerung waren Katholiken, 31,51% Protestanten und 1,01% Juden.

Von 1929 bis 1933 gab es im Düsseldorfer Stadtparlament unter den 79 Stadtverordneten nur zwei Nationalsozialisten, wobei anzumerken ist, daß in der größten Aufstiegsphase der NSDAP keine Stadtparlamentswahlen stattfanden.

Bei den Reichstagswahlen im Juli 1932 erhielt die NSDAP allerdings mit 29,1% der Stimmern ihr bestes Ergebnis bei einer freien Wahl in Düsseldorf. Nach der "Machtergreifung" vom 30.1.1933 wurde der nationalsozialistische Machtapparat zügig ausgebaut. Er unterdrückte alle Abweichungen, verfolgte seine Gegner und diskriminierte, vertrieb und vernichtete den jüdischen Bevölkerungsteil. Der Rassenwahn war das Merkmal des Nationalsozialismus, Krieg sein Ziel von Anfang an.

"Schrei, Wahrheit!" - Katholiken in Düsseldorf 1933 - 1945

Düsseldorf war Ort heftiger Auseinandersetzungen zwischen Katholiken und dem NS-Staat. Eine wichtige Rolle in dieser Auseinandersetzung spielte das Jugendhaus Düsseldorf als Reichszentrale aller katholischen Jugendorganisationen. Gegen die gesamte Geistlichkeit und gegen die Leitung des Jugendhauses führte die Gestapo einen ständigen Kleinkrieg mit Spitzelei, Überwachung und Schikanen. Am 19. November 1935 wurde das Jugendhaus bis zum 12. Mai 1936 vorübergehend, nach dem 5. Februar 1939 endgültig geschlossen.

Zum Zeitpunkt des endgültigen Verbotes waren bereits alle katholischen Jugendorganisationen aufgelöst worden. Verhaftungen von Priestern, auf die die kirchliche Institution mit Versetzungsangeboten, Predigtverboten oder ähnlichem zu reagieren versuchte, standen nicht selten unter

zwei Anklagepunkten: Um Sie öffentlich zu denunzieren, wurde den Verhafteten Homosexualität oder Hochverrat vorgeworfen. Gefängnis, Zuchthaus oder Konzentrationslager tragen die Beschuldigten.

"Der Gottesdienst verlief in Ruhe" - Die Auseinandersetzungen um die evangelische Kirche

Die evangelische Kirche besaß weder eine einheitliche Zeitung, noch eine gemeinsame Organisation. Ihre Situation in der NS-Zeit war durch innere Zerrissenheit und Druck von außen gekennzeichnet.

Mit der Berufung eines Reichsbischofs 1933 wurde versucht, die evangelischen Kirchen zusammenzufassen und nach dem Führerprinzip zu organisieren. Die "Deutschen Christen" wollten das Religionsbekenntnis völkisch umdeuten und sahen Jesus Christus als arische Führergestalt.

Die Gegenströme der "Bekennenden Kirche unter dem Wort" forderte, daß sich die Christen ohne Einschränkung an den Wortlaut der Bibel halten mußten. Das bedeutete allerdings nicht, daß ihre Repräsentanten den Nationalsozialismus allgemein ablehnten.

Die Auseinandersetzungen zwischen diesen beiden Richtungen der evangelischen Kirche endete in Düsseldorf mit der Durchsetzung der Bekennenden Kirche.

Im Dezember 1933 wurde vereinbart, die evangelischen Jugendverbände in die Hitlerjugend zu überführen. Einige Gruppen lösten sich vorher auf, um dieser Eingliederung zu entgehen.

Zeugen Jehovas

Die Zeugen Jehovas haben die Frage nach der Macht des Staates und der moralischen Pflicht des christlichen Gewissens am radikalsten beantwortet. Sie haben in der NS-Zeit mutiger bekannt, treuer gebetet, fröhlicher geglaubt und brennender geliebt als viele andere Christen. Sie verweigerten sowohl den Hitlergruß als auch den Wehrdienst. Beides hatte Konsequenzen: Gefängnis, Zuchthaus, Konzentrationslager, den gewaltsamen Tod.

"Wir sind wehrlos. wehrlos ist aber nicht ehrlos". Die SPD unter dem Nationalsozialismus

Dieser Satz aus der Rede Otto Wels vom 23. März 1933 auf der Reichstagssitzung, in der das Ermächtigungsgesetz beschlossen wurde, gegen das die SPD-Abgeordneten

geschlossen stimmten, - die KPD-Abgeordneten waren bereits nicht mehr im Reichstag zugelassen - drückt das Selbstverständnis der Partei aus, die sehr wohl wußte, daß es auch um ihre Existenz ging. In Düsseldorf war die SPD bei den Reichstagswahlen vom 6. November 1932 nur viertstärkste Partei nach Zentrum, KPD und NSDAP. Spätestens mit der Besetzung der Gewerkschaftshäuser am 2. Mai 1933, der Verhaftung ihrer Führer und der Beschlagnahme des Gewerkschaftsvermögens erwiesen sich die Befürchtungen der Partei endgültig als berechtigt. Am 22. Juni 1933 wurde die SPD verboten. Die Sozialdemokraten und die Gewerkschafter versuchten illegal, den Zusammenhalt der eigenen Reihen in kleinen Zirkeln zu sichern. Wo die Nazis auf sie aufmerksam wurden, zerschlugen sie diese Zirkel mit aller Härte: Durch Verhaftung, Folterung, Festsetzung in Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern.

Anarchisten

In der Zeit von 1919 bis 1923 hatte es in Westdeutschland eine sehr starke anarchistische Bewegung gegeben.

Die deutschen Anarchisten waren in der 1919 in Berlin gegründeten "Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalistischen)" (FAUD) organisiert. Sie traten für einen anti-autoritären Kommunismus auf der Grundlage freier Organisationen ein.

Nach dem Reichstagsbrand vom Februar 1933 setzte die Verfolgung ihrer Organisation durch die Nationalsozialisten in aller Schärfe ein.

Der führende Düsseldorfer Anarchist Anton Rosinke wurde 1937 in der Gestapo-Haft ermordet.

"Nieder mit Hitler, dem Unternehmerknecht" - Kommunisten in Düsseldorf

Unmittelbar vor dem 30. Januar 1933, als Hitler Reichskanzler wurde, war die KPD nach dem Ergebnis der Reichstagswahlen vom 6. November 1932 die stärkste Partei in Düsseldorf: sie überflügelte bei dieser Wahl die SPD um 47.000 Stimmen und die NSDAP um 15.000 Stimmen.

Zentren der kommunistischen Parteiarbeit waren, Gerresheim, Flingern, Oberbilk und Altstadt. Politisch forderte die KPD die Errichtung einer sozialistischen Herrschaft in Deutschland nach dem Vorbild der Sowjetunion, als die Enteignung der Wirtschaftunternehmen und deren Überführung in die Hände von Vertretern der Arbeiterschaft. Sie waren die politischen Haßgeg-

ner der Nationalsozialisten, mit denen es in Düsseldorf vor 1933 zahlreiche Straßenschlachten gegeben hatte.

Die Zeitung der KPD für Rheinland und Westfalen, "Freiheit", wurde am 1. Februar 1933 verboten. Damit begann die Phase der illegalen Drucktätigkeiten der Kommunisten unter dem NS-Regime.

Nach 1935 gingen die Aktionen des kommunistischen Widerstands zurück. Erst in der zweiten Kriegshälfte, der Zeit der schweren Luftangriffe, nach dem Überfall auf die Sowjetunion, nahmen die Widerstandsaktivitäten der Kommunisten wieder zu. Zu solchen Aktivitäten gehörte die Aufklärung durch Broschüren. Eine illegale Schrift, die vor allem auch im Rheinland verbreitet wurde, war "Der Friedenskämpfer".

"Betr.: Lebensunwert" - Euthanasie im Dritten Reich

Die "Reinhaltung der Rasse" war eines der obersten Gebote der NS-Ideologie. Psychisch Kranke und geistig Behinderte achtete der Staat als "lebensunwert". In zweifacher Weise, dadurch die zwangsweise Unfruchtbarmachung (Sterilisierung) und die Ermordung der Kranken sollten diese hilfsbedürftigen Menschen von der Gesellschaft abgesondert werden. Als ein Argument für Sterilisierung und Ermordung der Patienten wurden die hohen Kosten angeführt, welche durch die Pflegebedürftigkeit der Kranken entstanden.

Die sog. "T-4" - Aktion, die im Mai 1941 die Tötung von unheilbar Kranken anordnete wurde bereits am 24. August 1941 aufgrund massiver Proteste, u.a. von Bischof August Graf von Galen und des Münchener Bischofs Faulhaber, der evangelischen Landesbischofs Wurm und des evangelischen Pastors von Bodlschwing offiziell eingestellt. 70.000 Menschen waren bereits ermordet.

Unter den Begriff der "wilden Euthanasie" fallen jene angeblichen Verlegungsmaßnahmen, - Verlegung war ein Tarnwort für den Mord - die mit "kriegsbedingten Ereignissen" begründet wurden.

Von Düsseldorf-Grafenberg aus wurden zahlreiche Menschen nach Obrawalde-Meseritz und nach Hadamar, beides Vollzugsanstalten (Tötungsanstalten), verlegt und ermordet.

"Irgendwohin und nirgendwohin." Sinti und Roma unter dem Nationalsozialismus

Im "Dritten Reich" erreichte die lange Entrechtungs- und Diskriminierungsge-

schichte ihren Höhepunkt und zugleich eine neue Qualität. Es wird geschätzt, daß mehr als 500.000 europäische Sinti und Roma in der NS-Zeit durch die Nationalsozialisten ermordet worden sind. In Düsseldorf lebten fast ausschließlich Sinti; sie wohnten in der Schmiedestraße, am Aachener Platz, in einer Kaserne in der Färberstraße, die meisten aber in einer "wilden" Barackensiedlung auf dem Heinefeld. 1933 wurden die Sinti in einem Lager auf dem Höher Weg zusammengetrieben. Es war von bewaffneten Posten bewacht und seit 1938 mit Stacheldraht umzäunt. Ab 1940 wurden Sinti und Roma in Konzentrationslager und später in Vernichtungslager deportiert.

Die Entrechtung und Ermordung der Sinti und Roma wurde von den Nationalsozialisten mit ihrer Rassetheorie begründet: Wie die Juden galten sie als minderwertig und eine Vermischung mit ihnen als gefährlich für die "arische" Rasse.

"Kein Trost, kein Vergessen". Düsseldorfer Juden unter dem Nationalsozialismus

Mit dem Beginn der NS-Herrschaft wurden die Juden in einem sich immer mehr verschärfenden Prozeß entrechtet, geschmäht und aus dem öffentlichen Leben gedrängt. Berufsverbote untersagten ihnen öffentliche Betätigung, Gesetze die Ehe zwischen "Arier" und Juden, die Zwangsnamen "Sara" und "Israel" wurden eingeführt; Juden durften nur noch in bestimmten Bezirken wohnen; sie wurden gezwungen, einen gelben "Judenstern" zu Tragen. Die "Reinhaltung der Rasse" und die "Schuld der Juden an allen Übeln" waren die Wahnideen, die zur Ermordung von fast 6 Millionen Juden führten.

Im Jahre 1933 umfaßte die Düsseldorfer Jüdische Gemeinde 5.052 Mitglieder. Mehr als die Hälfte von Ihnen wurde unter dem Nationalsozialismus ermordet. Der erste Transport ging von Düsseldorf am 27. Oktober 1941 in das Ghetto von Lodz. Ein weiterer Transport erfolgte am 10. November 1941 nach Minsk, am 11. Oktober 1941 wurden 1.007 Juden von Düsseldorf-Derendorf nach Riga deportiert. Danach erfolgten noch vier große Deportationen im April, Juni und Juli 1942, sowie im Juni 1943.

Einzelschicksale in der Ausstellung dokumentieren, daß von einer einheitlichen Gruppe von Juden in Deutschland zur Zeit von Hitlers Machtergreifung nicht gesprochen werden kann:

Das Spektrum reicht von den Gemeinderab-

binern über die einfachen Bürger, den Großbürger, den kommunistischen Funktionär und das angesehene Mitglied der SPD bis hin zu zwei Diakonissen.

Rassismus, Diskriminierung und Ausländerfeindlichkeit unter dem Nationalsozialismus. Beispiele

Das erste Opfer des Rassenwahns der NS-Zeit in Düsseldorf wurde Hilarius Gilges. Der 1909 geborene Hilarius Gilges war Mitglied der kommunistischen Agitprop-Gruppe "Nordwest-Ran". Der Sohn einer weißen Mutter und eines farbigen Vaters verdiente sein Geld als Steptänzer.

Am 20. Juni 1933 wurde er von SA- und SS-Leuten aus seiner Wohnung geholt und unweit der Oberkasseler Rheinbrücke bestialisch ermordet.

Im Konzentrationslager ermordet wurde ein Hilfsschlosser aus Düsseldorf, dem man

"gleichgeschlechtliche Betätigung" vorwarf. Seine Einlieferungs-Anzeige ins Polizeigefängnis am 31. Mai 1938 ist ein Beispiel für das Schicksal der Homosexuellen und Lesben im Dritten Reich.

Düsseldorfer Künstler unter dem Nationalsozialismus

Nur als Hinweis auf die Düsseldorfer Malerszene, die durch den Nationalsozialismus zerstört werden sollte, sind Bilder von Otto Pankok, Matthias Barths und Abbildungen von Werden Carl Lauterbachs, Julo Levins, Peter Ludwigs und Franz Monjaus zu sehen.

(Der Test ist eine Kurzinformation zur Ausstellung "Widerstand und Verfolgung in Düsseldorf".)

Schwarzwälder Bote

Samstag/Sonntag, 28./29. Januar 1989

HEIMATRUNDSCHAU

Gesprächskreis weiter um Synagoge bemüht

Für Erhaltung als Mahnmal / Stadt sieht sich nicht im Zugzwang

HAIGERLOCH. In der Frage der früheren Synagoge und heute geschäftlicher Nutzung dienenden Gebäudes will sich ein Gesprächskreis des Gebäudes weiterhin annehmen. Das war das Ergebnis einer zweistündigen Aussprache eines Interessiertenkreises unter Leitung von Bürgermeister Trojan im Bürgerhaus. Indessen steht fest, daß die Stadt das Gebäude nicht zurückkaufen wird und sich auch wie Bürgermeister Trojan dies klarstellte, nicht im Zugzwang sieht. Da das Gebäude schon vor bald 40 Jahren Privatbesitz geworden ist, derzeit auch offensichtlich kein Verkaufsinteresse besteht, stehen entsprechenden Initiativen, das Gebäude wieder im ursprünglichen Zustand herzustellen und daraus ein Mahnmal zu gestalten, Schwierigkeiten entgegen.

In dieser Hinsicht, so Trojan, sei man in jüngsten Gesprächen auch mit dem Besitzer des Gebäudes Erich Kern nicht weitergekommen. Daß das Gebäude Privatbesitz sei, daran so Trojan, führe kein Weg vorbei. Eine künftige Nutzung müßte jedoch nicht unbedingt öffentlich und eine Dokumentation sein; diese Tendenz könnte durchaus auch in eine andere Richtung gehen, meinte Trojan, der darüber informierte, daß Kern derzeit nicht in Kaufverhandlungen trete. Die Stadt sehe sich jedenfalls nicht in Zugzwang, das Gebäude zu erwerben. Sie erkenne auch keine Verpflichtung, ganz abgesehen, daß man die Akzeptanz in der Bevölkerung für eine solch hohe Investition – genannt wurde der Betrag von 320 000 Mark – bezweifeln müsse.

In der Aussprache, der neben einigen Lehrkräften, Stadträte und interessierte Bürger beiwohnten, machte sich Pfarrer Steck, der bereits bei der Pogromnacht-Gedenkfeier den Denkanstoß gegeben hatte, erneut dafür stark, das Gebäude wieder

so herzustellen, daß es als ehemalige Synagoge erkennbar sei. Er sah diese Forderung unter dem Aspekt der Aufarbeitung der Geschichte und wollte darin ein Mahnmal sehen, daß sich solches nicht wiederholen sollte. Steck sah mit der 50. Wiederkehr der Reichspogromnacht eine günstige Gelegenheit diesen Schritt zu tun. Steck trat für eine generelle Behandlung des Themas im Gemeinderat ein.

Die Stadträte stimmten jedoch weitgehend mit dem Bürgermeister hinsichtlich der Verpflichtung der Stadt weitgehend überein. Hermann Zöhlraut wies darauf hin, daß die Stadt durch die gediegene Pflege und Instandhaltung der beiden jüdischen Friedhöfe eine angemessene Leistung erbringe und diese durchaus unter den Aspekten der Wiedergutmachung bewerte. Erwin Pfeffer erwog die Möglichkeit, daß auch eine andere Institution als Käufer auftreten könnte. Die Stadt, das unterstrich Pfeffer auch nochmals im weiteren Verlauf des Gesprächs, könne es derzeit nicht. Er erinnerte dabei auch an

den bevorstehenden Brocken der Übernahme des St.-Josefs-Hauses. Albrecht Sidler sagte es noch eindeutiger aus, daß seitens der Stadt heute und morgen nichts zu machen sei. Mehrfach klang die Anregung an, mit der Bildung eines Fördervereins eine nachher kompetente Institution bei Verkaufsbereitschaft zu schaffen, die Angelegenheit jedenfalls damit am Leben zu erhalten. Man werde jedoch, so merkte Stadtrat Tausch an, solange warten müssen bis für das Gebäude keine Nutzung mehr vorhanden sei.

Es müßte jedenfalls, so wünschte sich Pfarrer Steck, ein Miteinander im Wollen erkennbar sein, im Gemeinderat wie in der Bürgerschaft mit dem Ziel, das angesprochene Anliegen zu gegebener Zeit zu verwirklichen und das Haus zu erhalten. Studiendirektor Brodbeck, der Pfarrer Stecks Gedanken stark unterstützte, sprach sich dafür aus, die Bemühungen nicht im Sande verlaufen zu lassen, sondern wenigstens einen Gesprächskreis zu bilden, der später auch einen Förderverein in Erwägung ziehen könnte. Diesen Gesprächskreis hatte auch E. Pfeffer als Ansatz in Erwägung gezogen. Das war dann auch das Ergebnis der Aussprache, die über weite Strecken von Ratlosigkeit geprägt war. Frau Longerich erklärte sich bereit, federführend tätig zu sein und den Gesprächskreis wieder einzuberufen. Dabei sollen eventuell auch weitere interessierte Personen hinzugewonnen werden.